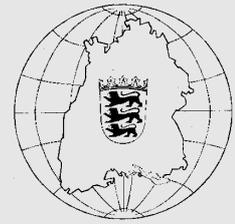


Agenda-Büro



Arbeitsmaterialie 38:

Bürger- und Beteiligungshaushalt

- Erfahrungen und Beispiele aus Baden-Württemberg



Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210 752 - 76157 Karlsruhe - Telefon: 0721/983-1406 - Fax: 0721/983-1414

E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de - Internet: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Impressum

- Herausgeber:** Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU)
76157 Karlsruhe Postfach 21 07 52 www.lfu.baden-wuerttemberg.de
- Bearbeitung:** Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg
Dr. Detlef Rosemann
Umwelt- und Managementberatung
- Büro für nachhaltiges Management -
Seboldstraße 1, 76227 Karlsruhe
Tel. 0721/82 00 87 0, Fax:0721/8200871
E-Mail: post@bnm-rosemann.de
- Redaktion:** Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg
Tel. 0721/983-14 06, Fax: 0721/983-1414
E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de
- Bezug:** Die Broschüre ist kostenlos direkt im Agenda-Büro erhältlich und als pdf.Dokumentation unter www.lfu.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/2113/ zu downloaden
- Stand:** August 2005

Nachdruck - auch auszugsweise - ist nur mit Zustimmung des Herausgebers unter Quellenangabe und Überlassung von Belegexemplaren gestattet.

INHALT

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Vorwort | 4 |
| 2 | Was ist ein Bürger -/Beteiligungshaushalt ?..... | 5 |
| 2.1 | Ziel..... | 5 |
| 2.2 | Inhalte..... | 6 |
| 3 | Welche Aktivitäten zum Bürger-/Beteiligungshaushalt gibt es schon? | 7 |
| 3.1 | Das Beispiel Porto Alegre | 7 |
| 3.2 | Pilotprojekte in Deutschland..... | 8 |
| 4 | Beispiele aus Baden-Württemberg (in alphabetischer Reihenfolge)..... | 10 |
| 4.1 | Stadt Emmendingen..... | 10 |
| 4.2 | Stadt Esslingen | 11 |
| 4.3 | Große Kreisstadt Nürtingen | 14 |
| 4.3 | Gemeinde Pleidelsheim | 16 |
| 4.5 | Stadt Rheinstetten..... | 18 |
| 5 | Wie wird ein Bürger- /Beteiligungshaushalt umgesetzt ?..... | 21 |
| 5.1 | Voraussetzungen | 21 |
| 5.2 | Vorbereitung / Information..... | 21 |
| 5.2.1 | Gemeinderat | 21 |
| 5.2.2 | Verwaltung | 22 |
| 5.2.3 | Bürgerschaft..... | 23 |
| 5.3 | Konsultation und Anhörung der Bürger/-innen | 23 |
| 5.3.1 | Veranstaltungen | 24 |
| 5.3.2 | Befragungen..... | 24 |
| 5.3.3 | Öffentlichkeitsarbeit..... | 26 |
| 5.4 | Rechenschaft | 26 |
| 6 | Erfahrungen und Beispiele zum Bürgerhaushalt : Interview mit Gerhard Dietz..... | 27 |
| 7 | Adressen, die mit weiteren Informationen zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt weiterhelfen können | 30 |
| 7.1 | Einrichtungen | 30 |
| 7.2 | Kommunen, die schon einen Bürger-/Beteiligungshaushalt durchgeführt haben: | 30 |
| 7.3 | Internetadressen | 32 |
| 8 | Literatur und Materialien | 33 |
| 8.1 | Leitfäden..... | 33 |
| 8.2 | Weitere Materialien | 33 |

1 Vorwort

Die folgende Arbeitsmaterialie informiert über Erfahrungen, die mit der neuen Methode des Bürger- und Beteiligungshaushalts in Kommunen in Baden-Württemberg gemacht wurden. Darüber hinaus enthält sie weitere Informationen und Tipps zu dieser neuen Form der Bürgerbeteiligung.

Das Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt kam über einzelne Pilotkommunen hinaus in Baden-Württemberg 2003 stärker in die Diskussion. Eine Rundreise von Vertretern der zu diesem Thema weltweit anerkannten Pionierkommune Porto Alegre aus Brasilien brachte ein erhöhtes Interesse und stieß in weiteren Gemeinden Aktivitäten an.

Das Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg führte daraufhin zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung KATE und InWEnt (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklung gGmbH) im Juli 2004 eine Veranstaltung „Bürgerhaushalt in Baden-Württemberg“ durch. Dort wurden die vier kommunalen Praxisbeispiele Rheinstetten, Nürtingen, Esslingen und Pleidelsheim mit ihren Erfahrungen vorgestellt, die auch in dieser Arbeitsmaterialie ausführlich geschildert werden.

Diese Beispiele und das hier zusätzlich aufgenommene Beispiel Emmendingen zeigen vor allem, dass der Bürger- und Beteiligungshaushalt in sehr unterschiedlichen Ausprägungen angewendet wird: Am längsten und umfassendsten erfolgt bisher die Umsetzung in Rheinstetten, wo auch die meisten Erfahrungen vorliegen. Esslingen und Nürtingen benötigen mit ihren spezifischen Umsetzungen entsprechende Rahmenbedingungen. Der „Esslinger Haushalt im Dialog“ läuft mit entsprechender externer Beratung vor allem über das Internet. In Nürtingen behandelt eine

Haushaltswerkstatt ein Schwerpunktthema im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements. In Pleidelsheim werden mit den Möglichkeiten einer kleineren Kommune mit 6200 Einwohnern besonders die Prioritäten der Bevölkerung festgestellt.

In der Spannbreite der hier ausführlich dargestellten Beispiele und Erfahrungen finden andere Kommunen gute Anhaltspunkte, wie sie am besten vor Ort den Bürger- und Beteiligungshaushalt angehen können. Die Stadt Karlsruhe führte beispielsweise Anfang 2005 eine Informationsveranstaltung zum kommunalen Haushalt für Interessierte durch. Dies kann ein Einstieg in Kommunen sein.

Über die fünf kommunalen Beispiele hinaus enthält die Arbeitsmaterialie noch weitere wichtige Informationen und Quellen zum Bürgerhaushalt. Ein Interview mit einem der Pioniere auf diesem Gebiet, dem Rheinstettener Oberbürgermeister Gerhard Dietz, fasst ferner die wichtigsten Erfahrungen und Tipps aus Sicht eines Praktikers für Einsteiger zusammen.

2 Was ist ein Bürger – und Beteiligungshaushalt ?

2.1 Ziel

Kommunen spielen eine entscheidende Rolle bei der Informierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit, da die meisten der in der Agenda angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind (Kapitel 28 der Agenda 21). Durch neue Formen der Bürgerbeteiligung und –partizipation kann – und soll – eine breite Mitwirkung und Mitgestaltung der Öffentlichkeit erreicht werden. Daher denken immer mehr Kommunen darüber nach, wie es gelingen kann, die Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Entscheidungsprozesse der Kommune einzubeziehen. Hier kommt den „freiwilligen Beteiligungsangeboten“ der Kommunen für die Umsetzung der Agendaziele eine wesentliche Bedeutung zu.

Zu diesen neuen Formen der Bürgerbeteiligung zählt der sogenannte Bürger- bzw. Beteiligungshaushalt (*in der Folge wird nur noch der Begriff „Bürgerhaushalt“ verwendet*), der den Bürger/-innen ermöglicht, sich am Entscheidungsprozess über die Verwendung der kommunalen Finanzen zu beteiligen. Das Angebot sich an einem der wichtigsten Bereiche einer Kommune zu beteiligen, soll Transparenz über die Verwaltungsaktivitäten schaffen, dem Entfremdungsprozess zwischen Bürgern und Verwaltung entgegen wirken und Politikverdrossenheit vermeiden.

Die Auswirkungen der jährlichen Haushaltsentscheidung ihres Rates spüren mehr oder weniger alle Bürger einer Kommune. Doch nur wenige interessieren sich dafür und die gesetzlich vorgeschriebene Möglichkeit den Entwurf des Haushaltsplans einzusehen und Einwände dagegen zu erheben, wird sehr selten genutzt. Dies liegt zu einem großen Teil auch daran, dass die üblichen Haushaltspläne viel zu komplex und undurchschaubar sind und daher nur von Verwaltungsfachleuten verstanden werden.

Ziel eines Bürgerhaushalts ist daher die kommunalen Budgets und Finanzdaten trans-

Ziele eines Bürgerhaushalts:

- **Transparenz**
auch für den Laien verständliche Informationen über den Haushalt und die Haushaltssystematik generell sowie über die Haushaltsplanungen des kommenden Jahres
- **Dialog**
Anhörungs- und Diskussionsmöglichkeiten für die Bürger/-innen schaffen
- **Entscheidungshilfe für die Gemeindevertreter**
Berücksichtigung der Anregungen der Bürgerschaft beim Ratsbeschluss über die Verwendung der Mittel und Information, welche Anregungen umgesetzt wurden und welche nicht, wird anschließend → Rechenschaft (siehe Seite 6) abgelegt

parent und verständlich darzustellen. Mit der produktiven Auseinandersetzung der Haushalts- und Finanzplanung soll auch eine höhere Akzeptanz und Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Kommune erreicht werden. Dies gilt vor allem in Zeiten, in denen aus Sparzwängen unangenehme Haushaltsentscheidungen zu treffen sind. Gerade dann klaffen nämlich in den Kommunen die Ansprüche der Bürgerschaft an die kommunalen Leistungen und die Möglichkeiten aus den hierzu zur Verfügung stehenden Mitteln oft weit auseinander.

Der Bürgerhaushalt ist eine Möglichkeit den Bürger/-innen die finanziellen Möglichkeiten und Grenzen der Kommune zu verdeutlichen. Durch die Anhörung der Anregungen und Vorschläge der Bürger/-innen erfahren Politik und Verwaltung aber auch, ob die Verwendung

der öffentlichen Gelder im Sinne der Bürgerschaft erfolgt oder ob andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

2.2 Inhalte

Es ist sinnvoll das Verfahren zur Umsetzung des Bürgerhaushalts entsprechend den Zielen in drei Abschnitte einzuteilen: Information, Konsultation/Anhörung der Öffentlichkeit und Rechenschaft.

In der Informationsphase werden die Haushaltsdaten (Entwurf) für das kommende Jahr bürgerfreundlich aufbereitet. Das bedeutet, dass das Budget für jeden verständlich dargestellt wird und die Bürger/-innen nicht mit „Information überschüttet“ werden.

In der Konsultationsphase hören sich Verwaltung und Politik die Anregungen und Vorschläge der Bürger/-innen zu den Budgets an. In Form von Befragungen, Bürgerforen und -versammlungen, Informationsveranstaltungen u. a. haben die Bürger/-innen die Gelegenheit ihre Meinung zum Haushaltsentwurf mitzuteilen. Um möglichst viele Bürger/-innen zu erreichen, ist eine Kombination der verschiedenen Methoden sinnvoll. Eine gründliche Vorbereitung, umfassende Organisation und professionelle Moderation ist hierbei sehr wichtig.

Rechenschaft bedeutet schließlich, dass die Verwaltung und der Gemeinderat den Beschluss zum Haushalt öffentlich macht und den Bürger/-innen mitteilt, welche Anregungen umgesetzt wurden und welche nicht und warum diese Entscheidungen getroffen wurden. Die Auskunft des Gemeinderats über seine Entscheidungen und Umsetzungen ist ein wichtiger Baustein für die nachhaltige Akzeptanz des Bürgerhaushalts.

Inhalte eines Bürgerhaushalts :

- **Information**

Die Bürgerschaft wird über die Haushaltsplanungen und vorhandene Ressourcen informiert

- **Konsultation**

Die Bürgerschaft wird zum Haushaltsentwurf befragt und angehört.

- **Rechenschaft**

Politik und Rat geben der Bürgerschaft Auskunft darüber wie sie entschieden haben und warum

3 Welche Aktivitäten zum Bürger- und Beteiligungshaushalt gibt es schon?

3.1 Das Beispiel Porto Alegre

Wird in Deutschland von einem Bürger- bzw. Beteiligungshaushalt gesprochen, dann wird in der Regel der Beteiligungshaushalt von Porto Alegre erwähnt und als Referenz angegeben.

In dieser südbrasilianischen Hafenstadt mit 1,4 Millionen Einwohner wurden bereits 1989 die Bürger/-innen an der Gestaltung des kommunalen Haushalts beteiligt. Hintergrund war die Wahl eines Linksbündnisses unter Führung der Arbeiterpartei PT zur neuen Stadtregierung. Diese hatte sich zur Aufgabe gestellt, die enormen sozialen Unterschiede zwischen den Stadtteilen auszugleichen und die finanziellen Mittel der Stadt gerechter zu verteilen, indem sie durch Partizipation und Transparenz vermeiden wollte, dass wie bisher ein Großteil der Finanzen an das Klientel der Politiker verteilt wurde.

In 16 Stadtbezirken und zusätzlich in sechs thematischen Foren finden Versammlungen statt, an denen jeder Bürger teilnehmen kann. In den Bezirksversammlungen wird der Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung über das abgelaufene Haushaltsjahr vorgestellt und diskutiert sowie die Prioritäten für den jeweiligen Bezirk bestimmt. Weiterhin werden die Delegierten des Bezirkes für die übergeordneten Versammlungen (ein/e Delegierte/r je 20 Bürger/-innen) gewählt. An diesen Bezirksversammlungen nehmen auch die Stadtoberen (Oberbürgermeister, Stadträte, Verwaltung) teil.

Auf den Delegiertenversammlungen werden die in den Bürgerversammlungen aufgestellten Prioritäten systematisiert. In den thematischen Foren, gibt es stadtübergreifende Diskussionen, die parallel zu den Versammlungen in den Bezirken laufen und in denen es um langfristige und große Projekte geht, die die

gesamte Stadt betreffen. Die Treffen werden vom Stadtplanungsamt geleitet und vom Oberbürgermeister und Fachdezernaten begleitet.

Schließlich gibt es auf der obersten Ebene den Rat des Beteiligungshaushalts, des *Orçamento Participativo* (OP-Rat), der aus je zwei Delegierten jedes Bezirks und jedes thematischen Forums besteht. Nach den einzelnen Vollversammlungen findet eine große Stadtversammlung statt, auf der die Prioritäten aller Stadtbezirke präsentiert werden. Der OP-Rat analysiert die von den Bürger/-innen bestimmten Prioritäten und verteilt die zur Verfügung stehenden Mittel nach vorgegebenen Kriterien wie z. B. Mängel in der Infrastruktur und den öffentlichen Dienstleistungen eines Bezirks, der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Stadtbezirks und der Priorität des Stadtbezirks. Anschließend überarbeitet die Verwaltung den Haushaltsentwurf. Danach wird auf der Basis der Bürgerprioritäten und der Empfehlungen des OP-Rates der Investitionsplan erstellt und vom Stadtrat diskutiert und verabschiedet.

Mit dem Beteiligungshaushalt erhält die Bevölkerung der Stadt die Möglichkeit über die Verteilung der Investitionsmittel, die etwas 15-20 % des Gesamthaushalts ausmachen mit zu entscheiden. Bedeutsam dabei ist, dass Kriterien für die Mittelverteilung zwischen den Stadtteilen festgelegt werden, die vom OP-Rat festgelegt werden und sich von Jahr zu Jahr verändern können.

Seit der Einführung des Beteiligungsverfahrens haben sich kontinuierlich mehr Menschen an der Aufstellung und Diskussion des Bürgerhaushalts beteiligt. Waren es 1989 nur 780 Bürger gewesen, liegt die Beteiligung inzwischen bei etwa 40.000. Die „inoffizielle“ Beteiligung liegt Schätzungen zufolge sogar

noch erheblich höher: Insgesamt beteiligen sich rund 100.000 Bürger/-innen an der Erstellung des Haushalts der Stadt. Das sind immerhin rund 15% der wahlberechtigten Bevölkerung. Das Vertrauen der Bevölkerung in diesen Prozess entstand, weil die neue Stadtverwaltung bereit war, die Entscheidungen über die Haushaltsplanung nicht nur zusammen mit der Bevölkerung zu treffen, sondern sie auch verbindlich umzusetzen. Dadurch gehören in Porto Alegre auch die üblichen Probleme vieler Stadtverwaltungen in Brasilien wie Korruption, Mittelverschwendung und Klientelwirtschaft weitgehend der Vergangenheit an. Porto Alegre bietet die höchste Lebensqualität brasilianischer Städte. Mittlerweile wurde das Modell von Porto Alegre in rund 200 brasilianischen Städten übernommen. Das Modell war auch das Motiv dafür, dass 2001 bis 2003 die Weltsozialforen in Porto Alegre stattfanden und dass Porto Alegre 1996 zur „Hauptstadt der Demokratie“ wurde, ein Ehrentitel, den die Weltbank der Stadt verlieh.

Weitere Städte in Südamerika wie Montevideo, San Salvador, Rosario (Argentinien) sind diesem Beispiel gefolgt. In Europa haben Städte wie Barcelona und Rubi (Spanien) oder Saint-Denis (Frankreich) einen Bürgerhaushalt umgesetzt.

Derzeit gibt es in Europa (Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Finnland) etwa 40 verschiedene Bürgerhaushaltskonzepte.

3.2 Pilotprojekte in Deutschland

In Deutschland wurden die ersten Bürgerhaushalte im Rahmen von zwei Modellprojekten ins Leben gerufen. Die Ergebnisse und Erfahrungen dieser Projekte wurden jeweils in einem Handbuch bzw. Leitfaden veröffentlicht, die auch als Vorlage zu Teilen dieser Arbeitsmaterialie dienten (siehe Seite 33).

Das erste Modellprojekt war ein Projekt des Netzwerkes "Kommunen der Zukunft". Dieses Netzwerk wurde in gemeinsamer Trägerschaft

von KGSt, Bertelsmann Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, der ÖTV und dem kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen gegründet, um der kommunalen Reformbewegung in Deutschland neue Impulse zu verleihen. Unter Federführung der badischen Stadt Rheinstetten haben von 1998 bis 2002 sieben Kommunen das Konzept des Bürgerhaushalts entwickelt und verwirklicht. Vorbild war neben Porto Alegre auch der Konsultationsprozess in Christchurch (Neuseeland), das im Jahre 1993 den Carl Bertelsmann Preis für Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung erhielt und die konsensorientierten Erfahrungen aus Skandinavien mit der öffentlichen Erörterung des Haushaltsplanentwurfs in Stadtteilen. Die Städte waren neben Rheinstetten Groß-Umstadt (Hessen, ca. 2.000 Einwohner), Neustadt an der Weinstraße (Rheinland-Pfalz, 56.700 Einwohner), Staufenberg (Hessen, ca. 8400 Einwohner), Arnsberg (Bayern, 81.600 Einwohner) und Passau (Bayern, 50.600 Einwohner).

In einem zweiten Projekt des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung zum „Kommunalen Bürgerhaushalt“ erprobten sechs Projektkommunen verschiedene Verfahren, um die Haushalts- und Finanzplanung einer Kommune mit den Bürgerinnen und Bürger zu erörtern. Das Projekt begann Ende 2000 und wurde mit einer Abschlussveranstaltung mit der Vorstellung eines Leitfadens im Juni 2004 beendet. Für dieses Projekt wurden die Städte Castrop-Rauxel (rd. 79.000 Einwohnern), Emsdetten (rd. 35.000 Einwohner), Hamm (kreisfreie Stadt, rd. 181.000 Einwohner), Hilden (rd. 56.000 Einwohner), Monheim am Rhein (rd. 43.000 Einwohner) und Vlotho (rd. 21.000 Einwohner) ausgewählt. Bei der Auswahl wurde Wert darauf gelegt, dass Kommunen aus allen Landesteilen vertreten sind. Neben der räumlichen Ausgewogenheit sollten verschiedene Einwohnergrößenklassen vertreten sein.

Derzeit gibt es in Deutschland Anträge oder erste Umsetzungen von Bürgerhaushalten in etwa 100 Kommunen.

Im Unterschied zu den brasilianischen Modellen ist in Deutschland die Partizipation bisher auf die Konsultation beschränkt. Statt Investitionen werden vor allem Ausgaben für Schwimmbäder, Bibliotheken und andere kostenintensive Einrichtungen diskutiert. Dies beruht auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Im wohlhabenderen Deutschland steht nicht die Versorgung mit Basisdienstleistungen (Wasser, Strom, Müllentsorgung) im Vordergrund, sondern der auf den Kommunen lastende finanzielle Druck.

4 Beispiele aus Baden-Württemberg (in alphabetischer Reihenfolge)

4.1 Stadt Emmendingen

Einwohner: ca. 25.500

Kreis: Emmendingen

Ansprechpartner:

Anja Strub, Stadtplanungs- und Hochbauamt
- Umwelt -, Tel. 07641/45 23 81

Christian Kessel, Umweltbeauftragter,
Tel. 07641/45 23 80

Adresse: Stadtverwaltung, Postfach 1180,
79301 Emmendingen,

Internet: www.emmendingen.de

E-Mail: : A.Strub@emmendingen.de
C.Kessel@emmendingen.de

ZIEL UND AKTIVITÄTEN

Emmendingen führte erstmals im Sommer 2003 einen „Bürgerhaushalt 2004“ durch. Angesichts der angespannten Haushaltslage und der enormen Einsparungen, die notwendig waren, um das hohe Haushaltsdefizit zu dezimieren, sollte den Bürgern der Haushalt vorgestellt und über geplante Projekte informiert werden. Ziel war in drei Veranstaltungen mit verschiedenen Schwerpunktthemen (1. Kulturarbeit, soziale Einrichtungen, Vereinsförderung; 2. Verkehr; 3. Stadtentwicklung, Wirtschaft, Verwaltung) mit den Bürger/-innen möglichst für alle tragbare Einsparmöglichkeiten zu erarbeiten. Diese sollten dann in die Beratungen des Gemeinderats einfließen. Parallel hierzu wurde im amtlichen Mitteilungsblatt ein Fragebogen an alle Haushalte verteilt, den die Bürger/-innen ausfüllen und im Rathaus abgeben konnten. Im Fragebogen konnten die Bürger/-innen angeben, ob sie freiwillige Einrichtungen wie das Freibad, die Bücherei, das Museum und die Ortschaftsämter sowie Dienstleistungen wie z.B. das Sammeltaxi und City-Bus benötigen, ob sie diese benutzen, wie sie damit zufrieden sind und welche Einsparungsmöglichkeiten sie

sehen. Auch nach möglichen Ausgabenreduzierungen u.a. bei der Straßenunterhaltung und -reinigung, Grünflächenpflege sowie sozialen Einrichtungen wurde gefragt. Die Ergebnisse aus den durchgeführten Veranstaltungen sowie die Auswertung der Frau gebogenaktion wurden dem Gemeinderat als Diskussionsgrundlage für die anstehenden Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt. Die Auswertung wurden ebenfalls veröffentlicht und war über die Homepage der Stadt abrufbar. Die örtliche Presse begleitete den Prozess intensiv.

Die Idee stammte vom Oberbürgermeister, der durch einen Vortrag über die brasilianische Stadt Porto Alegre und die Beispiele Rheinstetten und Nürtingen auf diese Form der Bürgerbeteiligung aufmerksam wurde und dies für Emmendingen aufgriff. Er empfahl dem Gemeinderat die Durchführung eines Bürgerhaushalts. Über Amtsblatt, Lokalpresse, städtische Homepage sowie per Anschreiben an verschiedene Gruppen und Multiplikatoren wurden die Bürger/-innen zu den Veranstaltungen eingeladen.

WIE WURDE INFORMIERT?

Der Kämmerer bereitete die Daten zum Haushaltsplan auf und stellte sie den Bürgern auf den Veranstaltungen als Power-Point vor. Außerdem brachten die jeweiligen Amtsleiter den Teilnehmern das zu behandelnde Thema näher:

1. Veranstaltung: Der Leiter des Amtes für Kultur und Soziales informierte zu den sozialen Einrichtungen, Kindergärten, Schwimmbad, Bücherei usw.

2. Veranstaltung: Der Umweltbeauftragte und Leiter des Tiefbauamtes referierte zum ÖPNV und zum Straßen- und Radwegebau und deren Unterhaltung;

3. Veranstaltung: Der Leiter des Stadtplanungs- und Hochbauamtes informierte zur Stadtentwicklung, Personalamtsleiter zur Organisation der Verwaltung.

ERGEBNIS UND ERFAHRUNGEN

Die große Mehrheit der Teilnehmer hatte sich sehr intensiv und teilweise mit ausführlichen eigenen Vorschlägen zur Ausgabenreduzierung im städtischen Haushalt beteiligt. In den Veranstaltungen musste den Bürger/-innen der Unterschied zwischen den so genannten „Pflichtaufgaben“ und den „Freiwilligen Leistungen“ der Gemeinde verdeutlicht und sie darüber informiert werden, dass es nur bei den freiwilligen Leistungen Sparmaßnahmen geben konnte. Die Moderation der Veranstaltungen wurde vom Oberbürgermeister übernommen. Dies wurde teilweise als problematisch empfunden. Es hatte sich gezeigt, dass die Bürger nur schwer zur Mitarbeit zu motivieren sind und viele Einzelinteressen in den Vordergrund rückten. „Mit Besitzstandswahrung auf beiden Seiten komme man auch in Zukunft nicht weiter“, lautete das Ergebnis eines heimischen Unternehmers, der die Diskussion aufmerksam verfolgte.

Eine längere Vorbereitungsphase und eine bessere Einbindung des Gemeinderats wäre daher wünschenswert gewesen. Auch eine kontinuierliche umfassendere und teilweise auch verständlichere Information über den Zustand der städtischen Finanzen hätte sicherlich den Prozess gefördert. Außerdem war es für die Bürger demotivierend, dass ihr Engagement keinerlei verbindliche Auswirkungen oder Konsequenzen im Bezug auf städtische Entscheidungen brachte. So kam man auch nach dem letzten "Bürgerhaushalt" in Sachen Haushaltskonsolidierung kaum weiter, da wenig neue Ideen vorgeschlagen wurden. Die Auswertung der Fragebögen erwies sich als sehr aufwendig.

4.2 Stadt Esslingen

Einwohner: ca. 91.600

Kreis: Esslingen

Ansprechpartner:

Simone Knoll, Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters, Tel. 0711/35 12 24 90

Erika Zavasnik, Referentin, Büro des Oberbürgermeisters, Tel. 0711/35 12 24 80;

Adresse: Rathausplatz 2,
73728 Esslingen am Neckar

E-Mail: simone.Knoll@esslingen.de
erika.zavasnik@esslingen.de

Internet: <http://www.haushalt.esslingen.de>
www.esslingen.de

HINTERGRUND

Esslingen am Neckar gewann 1999 den Multimedia-Städtewettbewerb Media@Komm des Bundes. Seitdem setzt die Stadt zielgerichtet neue computerunterstützte Informations- und Kommunikationstechnologien ein, um Verwaltungsprozesse und Dienstleistungen zu optimieren. Zu den Angeboten gehören sowohl online-Verwaltungsdienstleistungen als auch Möglichkeiten zur Partizipation und Mitbestimmung, wie etwa der Aufbau einer Beteiligungsinfrastruktur in Form von Bürgerforen.

Im Jahr 2003 wurde nochmals ein spezieller Fokus auf den Bereich Beteiligung im Netz gelegt. Anhand einer internet-basierten Bürgerbeteiligung zum Haushalt 2004 sollte aufgezeigt werden, wie Beteiligungsprozesse im Netz umgesetzt werden können. Das Projekt wurde im Zeitraum von Mitte April bis Mitte November 2003 in Kooperation zwischen der Stadt Esslingen, dem Verein MediKomm und dem Fraunhofer Institut Autonome Intelligente Systeme, Sankt Augustin durchgeführt. Das externe Know-How bezüglich Technik und Organisation sowie Erfahrungswerte aus vergleichbaren Beteiligungsprozessen war für die Qualität des Pilotprojekts unabdingbar. Aufgrund der Übernahme der Moderation durch das Fraunhofer Institut AIS wurde die Neutralität im Projekt gewährleistet.

WIE FING ES AN? WAS WAR / IST DAS ZIEL?

Initiator war Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger, der mit dem „Esslinger Haushalt im Dialog“ eine neue Form des politischen Dialogs und der kommunalen Gestaltungskultur zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft schaffen will. Das Projekt umfasste drei Säulen:

- Bürger über Fragen des aktuellen Haushalts **informieren**
- Erfahrung und Meinung der Bürger zu geeigneten Fragestellungen **konsultieren**
- Über den gesamten Prozess der Haushaltsaufstellung transparent **Rechenschaft ablegen**.

Weitere Ziele waren:

- Informations- und Meinungsaustausch mit der Bürgerschaft
- Frühzeitiges Einbinden bürgerschaftlicher Kompetenz als wichtiger Bestandteil der Politikgestaltung
- Transparenz und offener Dialog sind Kennzeichen einer Bürgerkommune
- Entgegenwirkung von Politikverdrossenheit
- Akzeptanz für politische Entscheidungen
- Nutzung des Internets als ergänzendes Kommunikationsangebot zu konventionellen Beteiligungsverfahren

WELCHE AKTIVITÄTEN FANDEN BISHER STATT?

Im April 2003, vor dem Start der ersten Online-Phase im Juni, wurde ein Flyer erstellt, der den Ablauf und das Ziel des Projektes sowie grundlegende Informationen zur Haushaltssituation enthielt. Außerdem bot er die Möglichkeit, mittels eines Postkartenvordrucks erste Anregungen und Themenvorschläge zum Haushalt zu machen. Dieser Flyer wurde an Multiplikatoren verschickt und in den öffentlichen Ämtern ausgelegt. Außerdem wurden 400 aktive Bürger/-innen und Multi-

plikatoren direkt vom Amt des Oberbürgermeisters angeschrieben und zur Teilnahme an diesem Projekt eingeladen. Eine Woche vor dem Start des Projektes gab es eine Pressekonferenz, zu der lokale und regionale Zeitungen eingeladen wurden. Es folgten mehrere Zeitungsartikel, die über dieses Projekt berichteten. Bei der öffentlichen Auftaktveranstaltung im Alten Rathaus Esslingen war außerdem der SWR 3 zu Dreharbeiten anwesend und brachte noch am selben Abend einen kurzen Fernsehbericht. Neben den genannten Kommunikationswegen informierten auch Plakate die Bürger über das Projekt.

In der ersten Projektphase wurde das im Vorfeld entwickelte Prozessdesign mit allen relevanten Stakeholdern und Multiplikatoren abgestimmt und modifiziert. Das Projektleiterteam des mit der Projektdurchführung beauftragten Fraunhofer Institutes führten Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden der Esslinger Ratsparteien. Ziel dieser Gespräche war zum einen, die Fraktionsvorsitzenden über das geplante Verfahren zu informieren und zum anderen in gemeinsamen Gesprächen Bedenken, Hoffnungen und geeignete Themen bzw. potentielle Gestaltungsspielräume im kommunalen Haushalt zu identifizieren. Zum Start und zum Ende des Projektes wurde eine Vorlage im gemeinderätlichen Verwaltungsausschuss eingebracht.

BETEILIGUNG

Auf die Eingangsseite wurde während der beiden Online-Phase ca. 12.000 Mal zugegriffen. Auf das Hauptforum wurde insgesamt ca. 4.900 Mal zugegriffen. Bis zum Ende der zweiten Online-Phase waren 171 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Forum registriert. Insgesamt wurden 371 Beiträge in das Forum eingestellt. Davon entfallen ca. 260 Beiträge auf die Bürgerschaft, der Rest auf die Moderation. Aus dem Kreis der Registrierten wurde auf Beiträge im Forum insgesamt 846 Mal zugegriffen, durch Gäste 10.032 Mal, insgesamt also 10.878 Zugriffe. Es kann daher

davon ausgegangen werden, dass die Zahl nur Lesender (ohne Registrierung) sowohl in der 1. und 2. Online-Phase über den Zahlen der Registrierten lag.

Während des gesamten Prozesses unterstützten bürgerschaftlich engagierte Mentorinnen und Mentoren des Netzwerks Bürger-PC die Bürgerschaft an 19 Standorten im Stadtgebiet beim Umgang mit der Technik und stellten offline mittels eines Formulars abgegebene Meinungsäußerungen in das Forum ein. Die städtischen Haushaltsdaten wurden von einer Online-Redakteurin zusammengefasst und möglichst verständlich aufbereitet.

Die politischen Gremien hatten erhebliche Bedenken gegen das Projekt. Der Gemeinderat befürchtete Wunschzetteldenken in der Bürgerschaft und einen erheblichen zusätzlichen Aufwand, der als nicht nutzbringend bewertet wurde. Diese Bedenken haben sich nach Abschluss als grundlos herausgestellt.

ERGEBNISSE

Die erste Online-Phase war für eine breite Diskussion vieler Themen angelegt. Am Ende der ersten Online-Phase beinhaltete das Hauptforum mehrere Themenbereiche:

1. Rahmenbedingungen im Haushaltsverfahren, finanzielle Lage und Verschuldung der Stadt
2. Geschlechtergerechtigkeit und ihre Berücksichtigung im städtischen Haushalt
3. Investitionsprojekt Stadthalle
4. Streitpunkt Volkshochschule – transparente Prozesse
5. Katastrophenschutz
6. Verkehr

In der zweiwöchigen zweiten Online-Phase wurden folgende in der ersten Phase ausgewählten Themen, diskutiert: Energiesparen, Kultur, Service und Gebühren, Verschlinkung

von Politik und Verwaltung, Investitionen, sowie das Thema Ehrenamt und Patenschaften. Auch diese zweite Online-Phase wurde mit einer öffentlichen Veranstaltung im Alten Rathaus eröffnet.

Am Ende der Online-Phase fand ein online-Gespräch statt. Dieses bot den Bürgern die Möglichkeit, Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger und Finanzbürgermeister Bertram Schiebel Fragen zum Esslinger Haushalt, aber auch zu dem laufenden Online-Prozess Esslinger Haushalt im Dialog zu stellen. Zusätzlich zu dem Online-Diskussionsforum auf der Homepage der Stadt Esslingen am Neckar wurde in den Präsenzveranstaltungen im Alten Rathaus über die Haushaltsfragen diskutiert.

Aufgrund des durch MediaKomm vorgegebenen straffen Zeitplans in der ersten Projektrunde war eine optimale Verknüpfung des Projektes mit dem Verfahren Haushaltsplanaufstellung nicht möglich. Dennoch wurden die Vorschläge in den Ämtern auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft und werden nach Möglichkeit umgesetzt bzw. stehen zur Umsetzung an.

Die Diskussion verlief äußerst sachlich und konstruktiv. Ein Wunschzetteldenken mit einer großen Forderungshaltung kam entgegen formulierter Bedenken nicht auf. Lediglich ein Beitrag wurde aufgrund seines Inhalts aus dem Forum entfernt. Hierüber wurde der Verfasser per e-mail benachrichtigt. Der Verlauf und die Ergebnisse der beiden Online-Phasen lassen sich zusammenfassend als positiv bewerten. Eine Befragung der Teilnehmer/innen hatte ergeben, dass sie viel über die kommunale Haushaltssituation erfahren haben. Zum einen durch die aufbereitenden Informationen, zum anderen durch die Möglichkeit des Dialogs mit anderen Bürgern und den verschiedenen Ämtern. Als überaus positiv anzusehen ist die Gewinnung ehrenamtlicher Bürger/-innen, die bereit sind, sich nachhaltig in dem Projekt einzubringen. So wurden vor der zweiten Online-Phase 11 ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger und eine Verwaltungsmitarbeiterin

zu Online-Moderatoren ausgebildet. Die generelle Abwehrhaltung der politischen Gremien derartigen Projekten gegenüber hatte zu Unverständnis und Enttäuschung bei den mitwirkenden Ehrenamtlichen geführt.

KOSTEN

Das professionell begleitete Verfahren hat in der ersten Runde rund 35.000 Euro gekostet. Künftig wird die Moderation von ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern, die im Laufe des Projektes geschult wurden, wahrgenommen und ist somit kostenneutral. Infolgedessen ist künftig von Seiten des Fraunhofer Instituts AIS nur eine begleitende Unterstützung zur Supervision sowie die Durchführung der Ausbildung von weiteren Ehrenamtlichen und Verwaltungsmitarbeitern zu Moderatoren notwendig.

AUSBLICK

Für die Zukunft ist es wichtig, die politischen Gremien mit den neuen Formen der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft anzufreunden. Es geht nicht um Konkurrenz, sondern um Akzeptanz und ein offeneres Miteinander. Dies zu vermitteln bleibt als wichtige Aufgabe. Die Bürgerschaft wird in Zukunft noch mehr Wert darauf legen, gehört und beteiligt zu werden. Weigert sich die Politik dauerhaft, Bürgerbeteiligung anzunehmen, hat es auch die Verwaltung schwer, die Bürgerschaft zu motivieren.

Der Esslinger Haushalt im Dialog soll zu einem festen Baustein der Haushaltseinführung werden. Nur durch eine regelmäßige Beteiligung ist die Weiterentwicklung und Optimierung des Ablaufs möglich. Eine erhöhte Akzeptanz der Politik ist nur durch eine intensive Kommunikation erreichbar. Der „Esslinger Haushalt im Dialog“ stellt nach den Erfahrungen ein geeignetes Werkzeug dar. Der Ablauf wird weiter optimiert - beispielsweise ist künftig nur noch eine Online-Phase vorgesehen. Auf die bisherige Arbeit zur

Aufbereitung des Haushalts kann sehr gut aufgebaut werden. Es ist lediglich eine Aktualisierung erforderlich.

4.3 Große Kreisstadt Nürtingen

Einwohner: ca. 38.600

Kreis: Esslingen

Ansprechpartner:

Otmar Heirich, Oberbürgermeister,
Hannes Wezel, Geschäftsstelle für Bürgerengagement, Bürgertreff, Tel. 07022/75 36 6

Adresse: Stadt Nürtingen, Marktstraße 7,
72622 Nürtingen,
Tel. 07022/75 30 2,

E-Mail: buergertreff@nuertingen.de

Internet: www.nuertingen.de

WIE FING ES AN ? - WAS WAR/IST DAS ZIEL ?

Die Stadt Nürtingen versucht seit Anfang der 90er Jahre das bürgerschaftliche Engagement zu fördern. So existiert seit 1991 am Rathaus der Stadt gelegen der sogenannte Bürgertreff und seit 1997 gibt es im Bürgertreff die Geschäftsstelle für Bürgerengagement, die dem Bürgermeister der Stadt Nürtingen direkt zugeordnet ist. Aus regelmäßigen Veranstaltungen, wie z.B. "Gemeinderäte fragen - Bürger antworten" haben sich vielfältige Aktivitäten entwickelt. Die Umwandlung des Rathauses in ein "Bürgerhaus", das zum gemeinsamen Nachdenken und Handeln einlädt, verdeutlicht dieses Vorhaben augenfällig. Jährlich wird die "Nürtinger Sozialkonferenz" mit Vertretern aller relevanten Institutionen und Vereinen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Die Konferenz wird von der Geschäftsstelle Bürgerengagement und den Kirchen gemeinsam organisiert. Im Jahr 1999 wurde Nürtingen beim bundesweiten Wettbewerb "Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie" der Bertelsmann-Stiftung unter 83 Bewerbern mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Angesprochen waren Orte, die bereits eine innovative Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik, lokaler Verwaltung

sowie Bürgerinnen und Bürgern praktizierten und bei denen bürgerschaftliche Beteiligung sowie die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement auf der Tagesordnung stehen. Gemeinsam mit acht weiteren Kommunen bildet die Stadt seitdem das "CIVITAS – Netzwerk bürgerorientierte Kommunen in Deutschland". Bürgerorientierung und bürgerschaftliches Engagement sind auf diese Weise zu einem echten Nürtinger "Markenzeichen" geworden. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt dem damaligen Ersten Bürgermeister Guido Wolf und dem Gemeinderat zu verdanken, die diese Entwicklung nachträglich gefördert haben.

Für Nürtingen bedeutet Bürgerorientierung auch Partizipation der Bürger in Planungsverfahren nach dem Motto „...aus Betroffene Beteiligte machen...“. Das Konsultationsverfahren wird dabei möglichst interessengruppenübergreifend gestaltet, um eine höhere Akzeptanz für politischen Interessensausgleich bei den Bürger/-innen zu erreichen.

WIE WURDE INFORMIERT / DISKUTIERT?

Die Einladung zur Beteiligung an den Beratungen zum Kommunalhaushalt als Ganzes hatte im Jahre 2000 (für den Haushalt 2001) nur sehr wenige Bürger/-innen angesprochen, da es ein zu komplexes Gebilde darstellte. Daher wurde im Folgejahr das Thema Kinderbetreuung herausgegriffen. Das Thema zog rund 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger an. In einer „Haushaltswerkstatt“ wurde mit der Verwaltungsspitze, dem Kämmerer und dem Schul- und Sportamt gemeinsam mit Eltern und Stadträten der Haushaltsansatz für den Bereich Kinderbetreuung unter die Lupe genommen, diskutiert und Anregungen für die bevorstehenden Haushaltsberatungen aufgenommen. Vertreter städtischer Kindergärten, aber auch Vertreter der Grundschulen, vom Waldkindergarten und vom freien Kinderhaus nutzten den "Gläsernen Haushalt", um sich über den Haushaltsansatz im Bereich Kinderbetreuung zu informieren. Der Stadtkämmerer zeigte den Eltern,

Elternbeiräten und Erzieher sowie Vertreter des Stadtrats in einem Power-Point-Vortrag zunächst einige Daten des städtischen Haushaltsplans 2002. Das komplexe Zahlenwerk wurde den Teilnehmern transparent dargestellt.

Mit der Open-Space-Methode ließ Moderator Hannes Wezel von der Geschäftsstelle für Bürgerengagement die Teilnehmer im Anschluss an den Sachvortrag ihre Themen selbst festlegen. In Arbeitsgruppen wurden Schwerpunkte aufgegriffen und schließlich in konkrete Haushaltsanträge umformuliert. Diese präsentierten die einzelnen Gruppen am Ende dem Plenum. Der Vertreter vom Kultur-, Schul- und Sportamt konnte drei Bürgeranträge entgegen nehmen. Der erste Antrag betraf Kinderbetreuungsangebote für Kinder von 0 bis drei Jahren. Der zweite Bürgerantrag zielte auf die Kinderbetreuung in den Schulferien. Der dritte Antrag betraf den Schülerhort an der Mörikeschule. Inwieweit die Bürgeranträge Eingang in den städtischen Haushalt fanden, entschied zunächst der Hochbau- und Kulturausschuss. Der Gemeinderat verabschiedet den Haushaltsplan 2002 dann im Dezember.

WIE GING ES WEITER?

Nach dem Thema Kinderbetreuung beim Haushalt 2002, beschäftigten sich die Teilnehmer des „Gläsernen Haushalts 2003“ mit dem Thema Schulen. An der Veranstaltung waren unter anderem mehrere Schulleiter, Elternvertreter und Schüler verschiedener Schulen sowie Vertreter des Stadtrates dabei. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister Wolf erläuterten die Stadtkämmerer das städtische Zahlenwerk zu den Schulen.

Nach dem Vortrag zu den Haushaltsdaten wurden zu verschiedenen Bereichen Arbeitsgruppen unter der Moderation von Hannes Wezel gebildet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in vier Haushaltsanträgen formuliert, die im Zuge der Haushaltsberatungen in dem betreffenden Ausschuss diskutiert werden. Der erste Antrag beinhaltete die Kernzeitbetreuung an Grundschulen. Die

zweite Gruppe beschäftigte sich mit der EDV im Bereich der Schulen. Ein weiterer Antrag zielt auf die Budgetierung und Pauschalierung der Schulmittel. Aus Gründen einer Verwaltungsvereinfachung wurde von der Arbeitsgruppe der Wunsch geäußert, den Spielraum für die Eigenbewirtschaftung der Schulen angemessen zu erhöhen. Eine Arbeitsgruppe befasste sich speziell mit der Schulraumentwicklung an den Nürtinger Realschulen. Es wurde eine bessere Beleuchtung und Sanierung der Klassenzimmer durch entsprechende Farbgestaltung beantragt.

Die Bürgerschaft, die nicht aktiv an den Veranstaltungen teilnahmen, wurden über die Veranstaltungen über die Lokalzeitung, Flyer und die Amtsmitteilungen informiert.

KOSTEN

Von der Verwaltung wurden pro Verfahren ca. zwei Wochen aufgewendet. Die genauen Kosten lassen sich nicht beziffern.

AUSBLICK

Es ist eine Bürgerbefragung geplant, um eine lokale Demokratiebilanz zu erstellen. Zukünftig soll der Bürgerhaushalt auch in die Stadtentwicklungsplanung integriert werden.

4.3 Gemeinde Pleidelsheim

Einwohner: ca. 6.200

Kreis: Ludwigsburg

Ansprechpartner:

Ralf Trettner, Bürgermeister;

Andreas Linge, Kämmerer

Adresse: Bürgermeisteramt, Postfach 26,
74383 Pleidelsheim,
Tel. 07144/16 40

E-Mail: rathaus@pleidelsheim.de

Internet www.pleidelsheim.de

WIE FING ES AN ?

In Pleidelsheim wurde ein Beteiligungshaushalt erstmals im Jahre 2004 durchgeführt. Begonnen hatte das Ganze mit der Einladung einer Delegation aus Porto Alegre zur öffentlichen Gemeinderatssitzung im Mai 2003. Kurz danach gab es eine Gesamtbesprechung der Lokalen Agenda 21 zur „Bilanzierung der Veranstaltung Bürgerhaushalt“. Die Mehrheit beschloss, sich an solch einem Projekt zu beteiligen und einen Entschließungsantrag an den Gemeinderat zu stellen. Der Gemeinderat beschloss dann in seiner nächsten Sitzung die Einführung des Bürgerhaushalts 2004. Somit könne eine bessere Einbindung der Bürger und eine bessere Konzentration der Ausgabenpolitik erzielt werden.

Im Oktober wurden die Bürger im Amtsblatt aufgerufen sich an der Erstellung des Haushalts 2004 zu beteiligen. Hierzu wurden sie eingeladen an einem Samstag auf den Rathausplatz zu kommen und mit den Gemeinderäten und dem Bürgermeister über Einsparungsmöglichkeiten zu diskutieren und andere interessante Gedanken auszutauschen.

WAS WAR / IST DAS ZIEL?

Mit der Bürgerbeteiligung zum Haushalt 2004 sollte zunächst einmal Interesse und Betroffenheit bei den Bürgern erreicht werden. Die Gemeinde befände sich in einer finanziell sehr schwierigen Phase und alle Einnahmen und Ausgaben stünden auf dem Prüfstand, um die schon bestehende Verschuldung nicht weiter voran zu treiben. Die Schulden sollen nicht der nachfolgenden Generation über lassen werden und es müsse daher eine nachhaltige Finanzpolitik im Sinne der Lokalen Agenda 21 betrieben werden. Wenn die Bereitschaft entwickelt werde auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen, dann gelänge es auch aus dem Dilemma Verschuldung herauszukommen. Bei der Lösung der Finanzprobleme spielten bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit eine wichtige Rolle. Die Bürger/-innen von Pleidelsheim würden sich

schon jetzt in erheblichem Maß für die Kommune engagieren. Nun gelte es weitere Bereiche aufzugreifen und zu fördern.

WIE WURDE INFORMIERT?

Mit dem Aufruf zur Beteiligung an der Haushaltserstellung wurde im Gemeindeamtsblatt ein Fragebogen an alle 2500 Haushalte versandt. In diesem Fragebogen konnten die Bürger die Wichtigkeit der Einrichtungen der Gemeinde auf einer Skala von 1 bis 6 bewerten. Sie sollten außerdem mitteilen, wo sie sich die vorstellen könnten Aufgaben der Gemeinde durch ehrenamtliche Tätigkeiten zu unterstützen und welche Angebote eingeschränkt bzw. teurer werden sollten. Eine weitere Frage war die Bewertung der Dringlichkeit von Investitionen bzw. Maßnahmen, die die Gemeinde in den nächsten Jahren plant.

WAS WAR DAS ERGEBNIS?

Im Amtsblatt wurden folgende Fragen zum Haushaltsplan erläutert:... „was ist eigentlich ein Haushaltsplan?“, „...wie gliedert sich der Haushaltsplan?“, „...woher kommt das Geld für die Aufgabenerfüllung?“. Eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts für die verschiedenen Einrichtungen zeigte, wie hoch der ungedeckte Aufwand ist und wie viel jeder Einwohner dazu aus Steuermitteln decken müsste.

Bei der Gemeinde gingen schließlich 311 ausgefüllte Fragebogen ein. Diese Zahl wurde als großes Interesse der Mitbürger an der Gemeinde bewertet. Es wurde festgestellt, dass viele Bürger schon ehrenamtlich engagiert sind, aber auch im Bereich ehrenamtliche Mithilfe viele weitere Angebote gemacht haben. Viele Pleidelsheimer konnten sich z. B. eine Tätigkeit bei der Pflege kommunaler Grünflächen, in der Bücherei und bei der Straßenreinigung vorstellen. Eine zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeit im Kindergarten und bei der Kernzeitbetreuung in

der Grundschule sowie eine Gebührenerhöhung für einige städtische Einrichtungen wurden als Kostendämpfungsmaßnahmen vorgeschlagen. Die Auswertung wurde von der Lokalen Agenda Gruppe durchgeführt und die Auswertung im Gemeinderat vorgestellt. Die Auswertung wurde auch den einzelnen Institutionen der Stadt übermittelt, damit diese eine Bewertung der Vorschläge abgeben konnten. Die Ergebnisse der Auswertung zu einzelnen Bereiche wie Bücherei oder Jugendmusikschule, wurden zusammen mit Stellungnahmen der Gemeinde im Amtsblatt abgehandelt. Sie lagen auch im Rathaus und in der Bücherei aus.

An einem Samstag konnten die Bürger auf dem Rathausplatz ihre Meinung zum Bürgerhaushalt 2004 äußern. Mitglieder der Gemeindeverwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze sowie die Lokale Agendagruppe waren vor Ort. Der Kämmerer informierte per Laptop Grafiken des Haushaltsplans und versuchte wichtige Inhalte des 200-Zahlenwerks den Bürger/-innen verständlich zu machen. Bei der Veranstaltung, die auch von einer lokalen Zeitung unterstützt wurde, waren 30 bis 40 Bürger anwesend.

Die meisten Bürger nahmen das Angebot der Gemeindeverwaltung sich an der Haushaltsplanung zu beteiligen positiv auf. Es gab aber auch skeptische Stimmen, die vor allem bemängelten, dass die Bürger erst gefragt würden, wenn unangenehme Entscheidungen anstünden. Ebenso wurde festgestellt, dass die Transparenz des Haushalts noch nicht ausreichend war. Oft sind die Bürger auch viel zu wenig informiert, wer für die Straße zuständig sei, ob Gemeinde, Kreis, Land oder Bund. Wichtig war, dass ein breiter Konsens im Gemeinderat und Verwaltung über die Durchführung des Bürgerhaushalts bestand.

4.5 Stadt Rheinstetten

Einwohner: ca. 20.500

Kreis: Karlsruhe

Ansprechpartner:

Gerhard Dietz, Oberbürgermeister

Thorsten Dauth, Stadtkämmerer

Adresse: Stadt Rheinstetten, Rappenwörthstraße 49, 76287 Rheinstetten,
Tel. 07242/95 14 0

E-Mail: buergerhaushalt@rheinstetten.de

Internet: www.rheinstetten.de

WIE FING ES AN ?

Gleich nach Dienstantritt im März 2000 hatte Bürgermeister Dietz im Gemeinderat dafür geworben, einen „Bürgerhaushalt für Rheinstetten“ aufzustellen. Die Bürger/-innen sollten an der städtischen Haushalts- und Finanzplanung vor der Beschlussfassung durch den Gemeinderat beteiligt und die Ergebnisse aus diesem Konsultationsverfahren in die laufenden Etatberatungen eingebracht werden.

Aufgrund seiner Überzeugung muss Politik für die Bürger/-innen transparent sein, damit sie sich mit ihr identifizieren. Auch die enorme Verschuldung von Bund, Länder und Kommunen erfüllte alle engagierte Demokraten mit Sorge. Hier gelte es nach Auffassung des Bürgermeisters nachhaltig und deutlich gegenzuhalten. Durch die Aufbereitung des Haushaltsentwurfs in eine jedermann verständliche Form werde eine Grundlage für einen Dialog zu Politik, Verwaltung und Bürger/-innen gebildet.

Bürgermeister Dietz brachte die Idee die Bürger/-innen bei der Haushaltserstellung zu beteiligen aus seiner „Vorgemeinde“ Mönchweiler mit, in der erstmals für das Jahr 1999 ein Bürgerhaushalt verwirklicht wurde. In Rheinstetten wurde der erste Haushalt mit vorausgehender Beteiligung der Bürger/-innen im Jahr 2000 für das Jahr 2001 erstellt. Rheinstetten ist damit die Stadt in Baden-Württemberg, in der am längsten ein Bürgerhaushalt durchgeführt wird.

Mit dem Bürgerhaushalt wurde in Rheinstetten eine landes- und bundesweit beachtete Pionierarbeit geleistet. Unter der Federführung der Stadt Rheinstetten wurde außerdem im Netzwerk „Kommunen der Zukunft“, eine Initiative der Bertelsmann-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) zur Förderung der Verwaltungsmodernisierung, eine Arbeitsgruppe (ein sogenannter „Netzknoten“) gegründet, die die Umsetzungskriterien eines Bürgerhaushalts praxisorientiert bearbeitete und tragfähige Lösungen hierfür suchte (siehe „Pilotprojekte“ Seite 8)

WAS WAR / IST DAS ZIEL?

Ziel des Bürgerhaushaltes in Rheinstetten war mit Blick auf die zunehmende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung vor allem eine größere Identifizierung der Bürger/-innen mit den Aufgaben der Kommune und den gefassten Beschlüssen zu erreichen. Die angespannte Finanzlage hat das Anliegen den Bürger in die kommunale Finanzpolitik einzubeziehen unterstrichen; doch für Rheinstetten war und ist dies nicht der alleinige Rechtfertigungsgrund.

WIE WURDE INFORMIERT?

Über das Bürgerhaushaltsverfahren wurden die Bürger/-innen mit Hilfe des städtischen Mitteilungsblatts, der Tageszeitung und des Internets informiert. An die Haushalte wurden über das städtische Mitteilungsblatt eine ausführliche Informationsbroschüre und ein Fragebogen verteilt. Beides konnte auch über die städtische Homepage eingesehen werden. In der 24-seitigen Broschüre wurde zunächst in einem „Haushalts-ABC“ die Verfahrensweise und Zusammenhänge des städtischen Haushaltplans beschrieben (...was ist ein Haushaltsplan? ...wie ist ein Haushaltsplan gegliedert? ...woher kommt da Geld? Kann eine Stadt wirtschaften wie sie will? etc.). Dann wurde informiert welche Ausgaben und Einnahmen in den jeweiligen kommunalen Aufgabenfeldern im Wesentlichen anfallen. Dies wurde anhand

einer „Gesamtbilanz“ dargestellt. Des weiteren wurde das ca. 400 Seiten umfassende Zahlenwerk so aufbereitet, dass ein Überblick über die Struktur der Ausgaben und Einnahmen gegeben wurde. Bestimmte Bereiche (Feuerwehr, Stadtbücherei, Badeeinrichtungen, Rheinfähre und Forst) wurden näher in Wort, Bild und Zahlen erläutert. Vor allem wurde darauf geachtet, dass „Fachchinesisch“ zu vermeiden und finanztechnische Vorgänge bzw. Begrifflichkeiten bürgerfreundlich erklärt werden.

Im Fragebogen wurden die Bürger zu den Angeboten dieser besonders herausgegriffenen Bereiche befragt (...wird die Einrichtung benötigt? ...wie wird die Einrichtung genutzt? ...wie wird die Leistung der Einrichtung beurteilt?) und um Vorschläge zu Finanzierungsmöglichkeiten gebeten. Die Antworten des Fragebogens wurden ausgewertet und dem Stadtrat für die Beratungen als Diskussionsgrundlage des Haushaltsplans zur Verfügung gestellt.

WIE WURDE DISKUTIERT?

Mit einer Auftaktveranstaltung und mehreren Veranstaltungen an verschiedenen Orten (z. B. auf dem Wochenmarkt, in der Schule, im Hallenbad, im Seniorenzentrum und in der Stadtbücherei) wurden die interessierten Bürger/-innen informiert und wurde ihnen die Gelegenheit gegeben mit den Verantwortlichen zu diskutieren. Bei diesen Veranstaltungen wurden ca. 550 Bürger/-innen erreicht. Der Dialog mit ihnen war sehr konstruktiv und die Bürger/-innen waren dankbar über die dargestellten Informationen und die angebotenen Diskussionsplattformen.

WIE GING ES WEITER?

Im Folgejahr wurde der Bürgerhaushalt in der gleichen Weise durchgeführt. Diesmal waren Kinder-/Jugendarbeit, Abwasser- und Abfallbeseitigung die Bereiche, die den Bürger/-innen näher erläutert wurden. Für den

Bürgerhaushalt 2003 wurde eine etwas weniger umfangreiche Broschüre erstellt und es wurden „nur“ zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die näher erläuternden Bereiche waren Kindergärten, Mehrzweckhallen und Strom-/Gasversorgung. Auch im vierten Jahr in Folge präsentiert Rheinstetten einen Bürgerhaushalt. Das diesjährige Bürgerhaushaltsverfahren beinhaltet jedoch einige Änderungen. Neu ist zunächst das äußere Erscheinungsbild. Der Gemeinderat hatte unterjährig beschlossen, dass für das Haushaltsjahr 2004 ein Bürgerhaushalt erstellt werden darf, aber die Kosten hierfür (Personal- wie auch Sachkosten) sollten reduziert werden. Aus diesem Grunde wurde auf den Druck einer Broschüre/Zeitung mit flächendeckender Verteilung verzichtet. Da aber die Information über den städtischen Haushaltsplanentwurf ein wichtiger Bestandteil des Bürgerhaushaltsverfahrens ist, wurde Informationsmaterial zusammengestellt. Diese Informationsschriften stehen zum Download bereit bzw. sind in den Rathäusern erhältlich. Auch wurde auf Anregung des Gemeinderates auf separate Veranstaltungstermine wie z.B. das eingeführte Marktplatzgespräch verzichtet. Stattdessen wurden die Beratungen über den städtischen Haushaltsplanentwurf alle öffentlich durchgeführt und im Stadtanzeiger entsprechend eingeladen. Verzichtet wurde ebenfalls auf einen eigens erstellten Fragebogen. Den Bürger/-innen wird die Möglichkeit gegeben, sich direkt während den Etatberatungen über den städtischen Haushalt einzubringen.

WIE HOCH WAREN DIE KOSTEN?

Als Kosten entstanden der Stadt für die Aufbereitung und den Druck der Broschüre circa 6000 Euro. Die angefallenen Arbeitskosten der Verwaltung, deren Mitarbeiter sich engagiert beteiligten, werden mit circa 5000 Euro beziffert (geschätzt für den Bürgerhaushalt 2003).

AUSBLICK

Der Bürgerhaushalt soll in Rheinstetten auch wei-

terhin erstellt werden. Die dargestellten Eckpfeiler des Verfahrens werden beibehalten. Die Akteure hoffen, dass in den folgenden Verfahren noch mehr Bürger/-innen aktiv in den Diskussionsprozess einbezogen werden können, denn noch immer gibt es viel zu geringe

Kenntnisse über die Vorgänge in der Kommunalverwaltung. Eine lokale Agenda 21-Gruppe übernimmt derzeit die Auswahl der ausführlicher zu diskutierenden Bereiche.

5 Wie wird ein Bürger- und Beteiligungshaushalt umgesetzt ?

Die in diesem Kapitel aufgeführten Umsetzungsvorschläge geben weitgehend die Ergebnisse und Erfahrungen aus den beiden Modellprojekten in Deutschland (siehe Seite 8) wieder, die auch in sehr empfehlenswerten Leitfäden zusammengefasst wurden. In diesen Leitfäden sind noch mehr weiterführende Erläuterungen, wertvolle Tipps und nützliche Praxisbeispiele zu finden (siehe Seite 33). Es soll jedoch an dieser Stelle betont werden, dass es einen „Königsweg“ für einen Bürgerhaushalt nicht gibt. Immer wird es notwendig sein die Situation vor Ort berücksichtigt werden. Die wichtigste Frage dabei ist: wie kann ich effizient möglichst viele Bürger informieren und zur Teilnahme motivieren?

5.1 Voraussetzungen

Die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines Bürgerhaushalts ist der Wille der kommunalen Spitze: der (Ober-)Bürgermeister muss „Promoter“ des Vorhabens sein. Auch wird ohne die Unterstützung der Politik und der Bereitschaft der Mitarbeiter/-innen der Verwaltung die Umsetzung des Bürgerhaushalts kaum gelingen. Eine effektive Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung erhöht die Akzeptanz bei der Bürgerschaft und damit die Erfolgsaussichten des Bürgerhaushalts.

Da der Rat für die finanziellen Belange der Kommune verantwortlich ist, erfolgt die Einführung des Bürgerhaushalts auf der Basis eines Ratsbeschlusses. Dieser sollte möglichst einstimmig gefasst werden. Wichtig ist, dass die Gemeinderäte rechtzeitig über die Vorgehensweise sowie die zu erwartenden finanziellen und personellen Kosten informiert werden. Auch nach dem der Bürgerhaushalt beschlossen wurde, sollten die Ratsmitglieder bzw. Fraktionsmitglieder an allen Umsetzungsphasen des Bürgerhaushalts beteiligt sein.

Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsverfahren sind für die Durchführung eines Bürgerhaushalts von großem Vorteil. Frühzeitige Gespräche mit den Verantwortlichen von Kommunen, die einen Bürgerhaushalt schon durchgeführt haben (siehe Adressen Seite 30) oder das Hinzuziehen von externer Unterstützung ist hierbei hilfreich. Wie die Gemeindevertreter müssen auch die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung über den Bürgerhaushalt informiert und für die Unterstützung des Verfahrens gewonnen werden. Sie sind vielfach die Ansprechpartner der Bürger/-innen und werden damit zu wichtige Multiplikatoren. Mit dem Bürgerhaushalt kommen auch zusätzliche Anforderungen und Aufgaben auf die einzelnen Verwaltungsstellen zu, die intern geklärt werden müssen. Eine aufgeschlossene Finanzverwaltung ist für die thematische Aufbereitung der Haushaltsinformationen sehr wertvoll.

5.2 Vorbereitung / Information

5.2.1 Gemeinderat

Der im Vorfeld gründlich informierte Gemeinderat (siehe Voraussetzungen, Kapitel 5.1) beschließt den Entwurf des Haushaltsplanes und die Durchführung eines Bürgerhaushalts. Spätestens jetzt sollte der Verwaltungschef den Ratsmitgliedern die aktive Mitarbeit bei der Durchführung des Verfahrens anbieten. An der Vorbereitung sollten möglichst Ratsmitglieder aus allen im Rat vertretenen Fraktionen an der Vorbereitung beteiligt sein. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Ratsmitgliedern und Verwaltung sollte im Vorfeld die Inhalte der Informationsschriften, Fragebögen und den Ablauf der Bürgerveranstaltungen abstimmen und vorzubereiten.

5.2.2 Verwaltung

Die Information der Verwaltungsmitarbeiter kann in Form einer eigens einberufenen Mitarbeiterversammlung, einer schon zeitlich

festgelegten Personalversammlung und/oder durch internen Schriftverkehr bzw. Mitarbeiterzeitung oder Intranet erfolgen. Dann sollte geklärt werden, wer federführend für die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerhaushalts ist. Es empfiehlt sich, einen Projektverantwortlichen zu bestimmen, der dann auch als Ansprechpartner für die Politik und die Bürgerschaft fungiert. Meist kommen hierbei aufgrund der Fachkompetenz Mitarbeiter/-innen der Kämmerei in Frage. Weiterhin sollte dann abgestimmt werden, welche anderen Bereiche der Verwaltung die Kämmerei bei ihrer Arbeit unterstützen können. Insbesondere bei der genauen Darstellung eines Themas oder Fachbereichs ist es notwendig, die betroffenen Führungskräfte, Ämter und Fachbereiche in die Aufbereitung der Daten mit einzubinden. Eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe bestimmt dann

- die Meilensteine und die einzelnen Zeitpunkte des Verfahrens

- welche Haushaltsinformationen wie aufbereitet werden
- welche Themen genauer behandelt werden
- welche Verwaltungsmitarbeiter an den Informationsveranstaltungen teilnehmen
- wer sich um die Auswertung der Befragung kümmert

Bei der Festlegung des Zeit- und Aufgabenplanes sollte eine enge Verknüpfung zum Sitzungsplan hergestellt werden, um zu gewährleisten, dass die Gemeindevertreter ausreichend Zeit und Möglichkeiten haben sich mit den Bürgermeinungen auseinander zu setzen.

Auch der Finanzierungsrahmen des Projektes ist zu berücksichtigen. Neben den Personalkosten für die Verwaltung entstehen auch Sachkosten zum Beispiel für den Druck der Informationsbroschüren, der Fragebögen, ggf. für Grafik und Layout der Veröffentlichungen, Portokosten oder Kosten für Anzeigen, Raum-

Inhalte und Maßnahmen des Bürgerhaushalts

| | Information | Konsultation | Rechenschaft |
|-----------|--|---|---|
| Inhalte | Überblick über den Gesamthaushalt und einzelne Bereiche | Diskussion über den Gesamthaushalt oder einzelner Bereiche mit der Bürgerschaft Prioritäten einzelner Investitionsvorhaben oder Sparvorhaben | Information darüber welche Vorschläge der Bürgerschaft berücksichtigt wurden und welche nicht und aus welchen Gründen |
| Maßnahmen | Broschüren, Handreichungen (Flyer), Infostände, Internet, Inforundgänge, Anzeigen, (Presse-) Artikel, Vorträge, Seminare, Schulungen | Befragungen, Bürgerversammlung oder -foren (schriftlich, Internet) Telefoninterviews, Hotline, Dialogkarten per Post o.a. | Broschüren/Flyer („...so hat die Stadt entschieden...“, Internet, persönliche Anschreiben, Amtsblatt, Informationsveranstaltungen |

Tab.: Kommunaler Bürgerhaushalt. Ein Leitfaden für die Praxis, Bertelsmann-Stiftung, Innenministerium des Landes Nordrhein Westfalen, 2004

mieten für die Informationsveranstaltungen u. a.

5.2.3 Bürgerschaft

Verständliche, aussagekräftige und übersichtliche Informationen zum Haushalt bilden die notwendige Grundlage, um mit den Bürgern in eine Diskussion einzusteigen. Die Bürger/-innen sollen darüber informiert werden, woher die Kommune das Geld bekommt, wofür sie es ausgibt und welche Schwerpunkte es im Haushalt gibt. Außerdem sollte die finanzielle Gesamtsituation der Kommune dargestellt werden und aufgeklärt werden, welche Handlungsspielräume bestehen. Der Rahmen für die Informationen bilden längerfristige Ziele und Strategien der Kommune wie z. B. die Einbeziehung von Agenda 21-Prozessen. Für den Beginn des Beteiligungsprozesses kann es ausreichend sein, Teilbereiche des Haushalts (Ressortbudgets) detailliert darzustellen, um den Einstieg in die komplizierte Materie zu erleichtern.

Für die Informationen stehen verschiedene Maßnahmen zur Verfügung (siehe Tabelle Seite 22).

Leitfragen für die Informationsphase:

- Woher bekommt die Stadt ihr Geld?
- Wofür gibt sie es aus?
- Welche Schwerpunkte sind mit der Budgetverteilung gesetzt?
- Wie ist die finanzielle Lage insgesamt?
- Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Kommune?

Sinnvoll ist es die Informationen über eine Broschüre bzw. einen „Flyer“ und mehreren Anzeigen in der Tageszeitung weiter zu geben. Auch das Internet und das Angebot von Informationsveranstaltungen (Vorträgen, Semi-

nare, etc.) leisten bei der Informationsweitergabe wertvolle Dienste. Das Internet sollte bei der Durchführung eines Bürgerhaushalt auf jeden Fall genutzt werden, da es die Chance bietet den interessierten Bürger/-innen viele Informationen schnell und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Insgesamt ist zu beachten, dass möglichst viele unterschiedliche Instrumente eingesetzt werden, damit eine Vielzahl von Bürger/-innen und die unterschiedlichsten Zielgruppen erreicht werden.

Bei der Visualisierung der Informationen helfen Diagramme, Tabellen, Grafiken, Fotos und/oder Pläne. Es empfiehlt sich auch Fachbegriffe in einem sogenannten „Haushalts-ABC“ näher zu erklären. Ein Vorwort des (Ober-)Bürgermeisters ist ein Muss in jeder Haushaltsbroschüre. Mit „Feed-back-Elementen“ wie Fragebögen oder Antwort-Coupons erhält man wertvolle Verbesserungsvorschläge und Anregungen. Von Bedeutung sind auch Hinweise auf wichtige Termine im Rahmen des Bürgerhaushaltsverfahrens.

Im besten Falle wird der Rechenschaftsbericht über den verabschiedeten Haushalt schon zum Startschuss für den neuen Beteiligungsprozess. So wird der Bürgerhaushalt zu einem kontinuierlichen Prozess, seine Aufstellung wird zur „Routine“.

5.3 Konsultation und Anhörung der Bürger/-innen

Die verschiedenen Methoden mit der Bürgerschaft in einen Dialog zu treten bzw. sie anzuhören kann man in zwei Gruppen aufteilen. Zum einen Veranstaltungen, zu denen die Bürger/-innen eingeladen werden und zum anderen direkte Befragungen, die schriftlich oder mündlich durchgeführt werden können. Die zeitliche Durchführung der Veranstaltungen sollte nach der Einbringung des Haushaltsentwurfes in den Rat und vor der Behandlung durch die Ausschüsse erfolgen.

5.3.1 Veranstaltungen

Als Veranstaltungsarten kommen in Frage:

- Bürgerversammlungen
- Themenbezogene Veranstaltungen
- Bürgersprechstunden
- Marktgespräche
- Themenwochen u.ä.

Die Entscheidung welche Veranstaltungsart gewählt wird hängt jeweils von den örtlichen Gegebenheiten ab. Dies gilt auch für die Frage, ob z. B. nur eine zentrale Veranstaltung zu einem bestimmten Schwerpunktthema erfolgt oder mehrere dezentrale Veranstaltungen zu mehreren Themen durchgeführt werden. Ziel einer Veranstaltung muss jedoch immer sein, von möglichst vielen Bürger/-innen eine Rückmeldung über die Haushaltspläne zu erhalten. Deshalb ist es auch wichtig, dass während der Veranstaltung die Möglichkeit besteht, Fragen zu stellen und Anregungen weiter zu geben. Vor allem sollten in den Veranstaltungen deutlich werden welche Prioritäten die Bürgerschaft bei der Haushaltsaufstellung und bei den Sparmaßnahmen haben.

Stadtrundfahrten oder Stadtrundgänge können eine sinnvolle Ergänzung zu den schon erwähnten Informationsmaßnahmen sein. An verschiedenen Stationen wie Feuerwehr, Sporthalle, Schwimmbad, Schule etc. kann so vor Ort über die verschiedenen Vorhaben in der Kommune informiert werden. Auch Infostände auf speziellen Veranstaltungen oder beliebten Märkten haben sich als Informationsmedium bewährt. Dagegen sind nach den Erfahrungen in den einiger Modellkommunen Wochenmärkte in der Regel keine geeigneten Orte für die Information zum Bürgerhaushalt, da den Besuchern oft die nötige Zeit und Muße fehlt.

5.3.2 Befragungen

Die Befragung der Bürger/-innen kann durch vier verschiedene Arten erfolgen: 1. persönliche Befragung, 2. telefonische Befragung, 3. schriftliche Befragung sowie 4. eine Befra-

gung übers Internet. Mündliche und telefonische Befragungen haben in der Regel einen hohen Rücklauf, sind aber teuer und aufwändig in der Durchführung. Die schriftliche Befragung ist vergleichsweise kostengünstiger. Eine Verteilung der Fragebögen garantiert aber kein Repräsentativität und der Rücklauf ist oft gering. Am kostengünstigsten ist die Befragung übers Internet, verlangt aber dann entsprechendes Know-how und technische

Vorteile von standardisierten Fragebögen:

- Verschiedene Fragestellungen können gleichzeitig erhoben werden
- Schnelle Datenaufbereitung für den Rat
- und die öffentliche Rechenschaftslegung
- Präzise Ergebnisse
- Geringer Zeitaufwand für den Bürger beim Ausfüllen
- Einfach auszuwerten

Infrastruktur. Auch hier ist die Repräsentativität nicht gegeben.

Grundsätzlich sollte keine allgemeine Bürgerbefragung durchgeführt werden. Alle Fragen sollten einen Bezug zur Haushaltsplanung haben und die Fragebogen sollten kurz und übersichtlich gestaltet werden. Wichtig ist auch im Vorfeld des Verfahrens die Bedeutung einzelner Themen (Bildung, Verkehr, Umwelt, Sport etc.) zu ermitteln und konkret in den Fragebogen aufzunehmen.

In der Regel entscheiden Verwaltung und Politik welche Projekte des Vermögenshaushaltes, welche Leistungen der Verwaltung und/oder welche kommunalen Einrichtungen dargestellt und abgefragt werden. Es ist aber durchaus denkbar, dass Lokale-Agenda 21-Gruppen oder Gruppen des Bürgerengagements diese Aufgabe übernehmen bzw. dabei unterstützend mitwirken. Die Themenfelder sollten – soweit es Sinn macht – mit Budgetdaten und Kennzahlen verknüpft wer-

den. Eine Frage oder ein Fragenkomplex kann auf die Prioritäten zukünftiger Maßnahmen des kommunalen Haushalts (Investitionsplanung) eingehen.

Mit einer offenen Frage kann den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, eigene Ideen und Vorschläge einzubringen und ggf. alternative Finanzierungsmöglichkeiten darzustellen. Offene Fragen sollten jedoch auf ein Mindestmaß beschränkt werden, da die Auswertung dieser Fragen viel Zeit in Anspruch nimmt. Am Ende des Fragebogens sollte zum Schluss abgefragt werden, welche Themen schwerpunktmäßig im nächsten Bürgerhaushalt behandelt werden sollten. Hier können Themenblöcke zum Ankreuzen vorgegeben werden. Es empfiehlt sich, die Antwortmöglichkeiten auf zwei oder drei Themen zu begrenzen.

Die Bürgerinnen und Bürger werden gezielt ausgewählt, angeschrieben und befragt, entweder per Zufallsprinzip (Auswahl einer Stichprobe aus dem Einwohnermelderegister) oder zielgruppenorientiert (zum Beispiel Auswahl von Jugendlichen oder Senioren, Bürgerinnen und Bürger eines Stadtteils, die von einer bestimmten Maßnahme konkret betroffen sind, etc.). Diese Art der Befragung bringt – empirisch gesehen – die objektivsten Ergebnisse. Verfälschungen durch ungleichmäßige Datenrückläufe, wie zum Beispiel das kollektive Ausfüllen von Fragebögen durch Vereine etc., können so vermieden werden.

Die Auswertung muss zeitnah erfolgen – auch hierbei können Fachleute hilfreich sein (Kosten und Aufwand sind jedoch zu beachten). Sie sollte grafische Darstellungen und Tabellen beinhalten, kurz und prägnant sein und wenig Text enthalten. Die Zusammenfassung sollte in neutraler Form erfolgen, ohne eine Verwaltungsempfehlung für den Rat. Nach der Auswertung werden die Ergebnisse und Anregungen in den Ausschüssen und im Rat behandelt und in der örtlichen Presse, im Amtsblatt und im Internet veröffentlicht. Außerdem ist es sinnvoll, die Ergebnisse für das Folgejahr in der nächsten Bürgerhaushaltsbroschüre aufzugreifen

Eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger könnte auch durch Interviews erfolgen. Möglich sind telefonische Befragungen oder persönliche Befragungen via Internet. Auch eine persönliche Befragung und Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern an einem separaten Stand auf öffentlichen Plätzen, im Rathaus oder zuhause ist denkbar. Wichtig dabei ist, dass die Interviewer ausreichend geschult sind und gute Kenntnisse zum Themenbereich aufweisen. Die Durchführung durch ein externes Institut oder ein Beratungsunternehmen ist hierbei unerlässlich. Dadurch wird diese Methode aufwändig und teuer. Sie ist deshalb nur eingeschränkt zu empfehlen. Praktische Erfahrungen im Rahmen des Bürgerhaushalts liegen aber hierzu bis jetzt noch nicht vor.

Nach der Auswertung der Umfrage sollten die Ergebnisse der Befragung im Rat und in den Ausschüssen erörtert werden. Die Bürgerschaft wird in der Tagespresse, im Amtsblatt und im Internet informiert. Die Ergebnisse sollten auch in der nächsten Bürgerhaushaltsbroschüre wieder aufgegriffen werden.

5.3.3 Öffentlichkeitsarbeit

Für den Erfolg eines Bürgerhaushalts ist auf alle Fälle eine interessante und breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Damit sollte ca. 4-6 Wochen vor der ersten Aktion bzw. Veranstaltung begonnen werden. Die geplanten Veranstaltungen sollten als Interessensmagnet hervorgehoben werden. Hinweise auf den Ablauf der Veranstaltung und ggf. auf das Rahmenprogramm sollten dabei nicht fehlen. Unbedingt notwendig ist auch die Einbindung der Pressevertreter in das Thema, um eine redaktionelle Berichterstattung sicherzustellen. Pressekonferenzen und Presseinformationen sowie das Schalten von Anzeigen in den örtlichen Medien sind hierbei sehr hilfreich.

Tipp: Die unmittelbar beteiligten Bürger/-innen sind wertvoller Bestandteil des Bürgerhaushalts und sollten entsprechend individuelle Resonanz von Politik und/oder Verwaltung erhalten.

Auch verwaltungsintern muss eine Art Marketing für den Bürgerhaushalt betrieben werden. Workshops oder spezielle Informationsveranstaltungen vor Beginn der Veranstaltungen sind geeignete Maßnahmen hierzu.

5.4 Rechenschaft

Für den Gemeinderat und die Verwaltung sollte es selbstverständlich sein über ihre Entscheidungen zum Bürgerhaushalt Auskunft zu geben und damit für ihr Handeln Verantwortung zu übernehmen. Erst wenn die Bürgerschaft genau nachvollziehen kann, welche Haushaltsentscheidungen erfolgt sind und warum, wird sichergestellt, dass der Bürgerhaushalt auch zukünftig von den Bürger/-innen akzeptiert wird.

Wie schon erwähnt bildet die Rechenschaftslegung bereits den nahtlosen Übergang zu einem neuen Bürgerhaushalt. Damit wird den Kommunen ihren Bürger/-innen das Erreichen der gesteckten Ziele regelmäßig auseinander zu legen.

Neben der Rechenschaftslegung für alle Bürger/-innen der Kommune sollten die Personen, die sich am Bürgerhaushalt konkret und unmittelbar beteiligten, weiter gehende Informationen erhalten. Am besten notiert man während den Veranstaltungen Name und Adresse der Teilnehmer, um ihnen nach der

Veranstaltung eine persönliche Rückmeldung zu kommen zu lassen.

Ein wichtiger Ort für die Präsentation des Rechenschaftsberichts sind die öffentlichen Gemeinderatssitzungen. Einerseits weil das Gremium, das den Bürgerhaushalt beschlossen hat auch Rechenschaft darüber ablegen sollte, andererseits weil das formalisierte Verfahren einer Gemeinderatssitzung eine Einladung aller Bürger/-innen und die Anwesenheit von Gemeinderäten und Verwaltungsführung sicherstellt. Empfehlenswert ist auch eine ausführliche Veröffentlichung im amtlichen Mitteilungsblatt.

Eine weitere Möglichkeit für die öffentliche Rechenschaftslegung ist eine eigene Veranstaltung hierfür durchzuführen. Die Verwaltungsführung würde dann über den Umgang mit den Anregungen berichten und die Gründe für eine Ablehnung oder Nichtumsetzung erläutern. Eine zusätzliche Veranstaltung ist für alle Beteiligten jedoch sehr zeitintensiv.

Der Rechenschaftsbericht sollte auch über das Internet zugänglich gemacht werden, am besten als herunter ladbare Dateien. Hier sollte darauf geachtet werden. Ein Forum oder Gästebuch bietet die Gelegenheit Meinungen und Anregungen der Bürger/-innen zu veröffentlichen.

6. Erfahrungen und Beispiele zum Bürgerhaushalt:

Interview mit Gerhard Dietz, Oberbürgermeister von Rheinstetten

Gerhard Dietz, Oberbürgermeister der großen Kreisstadt Rheinstetten, hat zunächst in Mönchweiler (1999) und anschließend in Rheinstetten (2000 bis heute) den Bürgerhaushalt entwickelt und umgesetzt. Damit hat er eine bundesweit wahrgenommene Pionierarbeit geleistet. Als „Mann der ersten Stunde“ ist er einer der treibenden Kräfte für den Bürgerhaushalt.

Herr Oberbürgermeister, Sie sind das Stadtoberhaupt in Baden-Württemberg mit den längsten Erfahrungen in Sachen Bürgerhaushalt.

- **Was wurde bisher erreicht ? Wie würden Sie den momentanen Diskussionsstand in Deutschland und Baden-Württemberg umschreiben ?**

„...Im Bürgerhaushalt geht es um die Konsultation der Bürgerinnen und Bürger vor Ratsbeschluss zum Haushalt. Daraus leitet sich ein Bündel von Maßnahmen und Aktivitäten ab. Außerhalb Deutschlands ist vor allem Porto Alegre und Neuseeland (z. B. Christchurch) bekannt für solche Verfahren. Nachdem wir das Thema 1998/1999 erstmals in Deutschland aufgegriffen haben, ist doch einiges passiert.

In einigen Bundesländern gab es örtliche Initiativen und in Nordrhein-Westfalen wurde durch das Land mit der Bertelsmann-Stiftung ein Modell-Projekt gerade abgeschlossen, in dem sechs Städte beteiligt waren. Soweit ich es für das Bundesgebiet überblicken kann, tut sich überall etwas – von einer Massenbewegung kann man allerdings nicht sprechen. Dies gilt, wie wir wissen, auch leider für andere Themen (z. B. Lokale Agenda 21, Menschenrechtsfragen usw.). Für Baden-Württemberg stehen wir nach einigen Informationsveranstaltungen, unter anderem durch die LfU/das Agenda-Büro und anderer Träger sowie aufgrund von Vorträgen, die wir halten konn-

ten, an einem Punkt, der uns im Rahmen einer Arbeitsgruppe weiterbringen kann. Wir werden gerne mitarbeiten, um das Thema mit interessierten Städten und Gemeinden gemeinsam fortzuentwickeln.“

- **Was waren bisher die wichtigsten Erfahrungen, die Sie in zwei Kommunen, nämlich in Mönchweiler und Rheinstetten, bei der Einführung eines Bürgerhaushaltes gemacht haben ?**

„ ...Es ist wichtig, den Gemeinderat und die Amtsleiter (insbesondere das Kämmereiamt und das Hauptamt) zu überzeugen, dass es sich für alle lohnt, wenn Bürgerinnen und Bürger dauerhaft und nachhaltig zu Haushalts- und Finanzfragen konsultiert werden. Hilfreich ist weiterhin, wenn es gelingt, dass die Presse engagiert und sachlich über das Thema berichtet. Hier spielen natürlich örtliche Situationen eine differenzierte Rolle. Eine weitere Erfahrung ist, dass sich sehr wohl Menschen finden, die sich mit Haushalts- und Finanzfragen befassen wollen.“

- **Was sind die „Stolpersteine“, auf die man besonders achten muss ?**

„... Hier gibt es keine allgemein gültige Patent-Antwort – gleichwohl: Ein „Stolperstein“ kann sein, wenn Fronten entstehen. Der Bürgerhaushalt ist auf Konsens angelegt. Wichtigstes Mittel ist neben der Konsultation und der Rechenschaft vor allen Dingen die

Transparenz. Wenn es allgemein transparent bleibt, dann kann im Gemeinderat aufgrund klarer Zusammenhänge diskutiert und entschieden werden.“

- **Wie soll man anfangen: Was würden Sie einer Gemeinde als erste und unverzichtbare Schritte empfehlen ?**

„...Für jedes Thema braucht es zunächst einige Personen mit Engagement und langem Atem. Jemand muss die Koordinierungsrolle übernehmen und das Thema federführend begleiten. Gut geeignet ist in Baden-Württemberg das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin. Wenn auf Amtsleiterenebene Personen mitziehen - umso besser. Den Segen des Gemeinderates sollte man schon haben. Ansonsten gilt wie immer bei neuen Themen: Material und Stoffsammlung. Beim Bürgerhaushalt braucht keiner das Rad alleine und neu erfinden. Die Bertelsmann-Stiftung, die KGSt und die Hans-Böckler-Stiftung sowie die bekannten Bürgerhaushalts-Kommunen in Nordrhein-Westfalen oder z. B. unsere Stadt sind gerne mit Rat und Tat dabei und bereit, Erkenntnisse und Material zur Verfügung zu stellen.“

- **Welche konkreten Maßnahmen oder Bausteine haben sich besonders zur Beteiligung der BürgerInnen bewährt ?**

„... Die Bürgerbeteiligung verläuft nach meinen Erkenntnissen höchst unterschiedlich. Hier hat jede Kommune Besonderheiten. Während Kollegen mit Fragebögen beste Erfahrungen machen konnten, berichten uns andere von Erfolgen mit den klassischen Veranstaltungen. Bei uns war gerade die klassische Vortragsveranstaltung und ein Stand auf dem Wochenmarkt äußerst erfolgreich. Unser Rat ist schlicht: Aufgrund gesammelter Erfahrungen aus der BE-Bewegung, den Aktivitäten in dem Bereich der Lokalen Agenda und der Bürgerhaushalts-Arbeit kann man für die eigene Kommune mit einem Mix an Material und Beteiligungsbausteinen testen, was ankommt und was nicht.“

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Motivation und Akzeptanz des Bürgerhaushalts bei allen Beteiligten zu erhöhen ?**

„...Ziel ist hier sicher, herauszuarbeiten, dass alle Verfahrensbeteiligten, ob Bürgerinnen und Bürger, ob Verwaltung, Rat oder die Politik einen Nutzen aus der gemeinsam getragenen Aktion ziehen können. Wichtig ist auch ein verlässlicher Zeitplan mit Langzeitperspektiven.“

- **Wie vermeidet man, dass der Bürgerhaushalt nur durch ein „Wunschzetteldenken“ der verschiedenen Interessenvertreter bestimmt wird ?**

„...Ob „Wunschzetteldenken“ garantiert vermieden werden kann ist fraglich – gleichwohl habe ich diesbezüglich keine negativen Erfahrungen gemacht. Aufgrund des transparenten Verfahrens gab es bei uns in der Praxis keine Probleme.“

- **Ist ein Bürgerhaushalt sinnvoll bei den engen finanziellen Spielräumen, die eine Kommune hat ?**

„... Das ist eine Grundsatzfrage. Wer sich im Rahmen der Lokalen Agenda 21 engagiert, wer mehr Bürgerengagement, Bürgerbeteiligung und Bürgermitwirkung wünscht, der kommt meines Erachtens am Thema Bürgerhaushalt nicht vorbei. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Kassen voll oder leer sind. In der Finanzpolitik geht es so oder so um die Frage, wie das Geld sinnvoll eingenommen und vor allen Dingen sinnvoll ausgegeben wird. Auch in Zeiten enger Spielräume kann man sich streiten, ob alle Ausgaben notwendig sind, oder ob nicht noch manche Einnahmen möglich gemacht werden können. Hier den richtigen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu finden, die Verschuldung und den Vermögensbestand im Blick zu haben - allemal ein spannendes Thema. In Zeiten voller Kassen Politik zu betreiben kann wahrscheinlich jeder.“

- **Was sagen Sie einem (Ober-)Bürgermeisterkollegen auf die Frage: Warum soll ich denn bei mir einen Bürgerhaushalt einführen ?**

„... Wir haben zukünftig nur eine Chance in unseren Kommunen, wenn wir wieder Menschen für „ihre“ Stadt begeistern können. Ein vom Volk gewähltes Stadtoberhaupt hat ein vitales Interesse mit seiner Verwaltung und seinem Gemeinderat gut und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus gilt es die Stadtpolitik an den Interessen der Bevölkerung auszurichten und gemeinsame Ziele für die Stadtentwicklung zu erarbeiten. Ein Bürgerhaushaltsverfahren ist letztlich eine Möglichkeit, vorhandene Instrumente um ein weiteres zu ergänzen. Jeder muss selbst immer wieder abwägen, ob er überhaupt und wenn ja, welchen Weg der Bürgerbeteiligung er gehen möchte. Ich sehe zur Zeit im Bürgerhaushaltsverfahren mehr Chancen...wir werden deshalb auch 2005/2006 ein solches Verfahren durchführen...“

7 Adressen, die mit weiteren Informationen zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt helfen können (Stand Aug. 2005)

7.1 Einrichtungen

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Tel. 05241/81 0
Fax: 05241/16 81 50 2
Ansprechpartner: Herr Oliver Haubner
E-Mail: oliver.haubner@bertelsmann.de
Internet: www.bertelsmann-stiftung.de

Hans Böckler Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel. 0211/77 78 0
Fax: 0211/77 78 12 0
Ansprechpartner:
Herr Dr. Karsten Schneider
E-Mail: karsten-schneider@boeckler.de
Internet: www.boeckler.de

Kommunale Gemeinschaftsstelle KGSt

Lindenallee 13 -17
50968 Köln
Tel. 02 21/37 68 90
Fax: 02 21/37 68 95 9
E-Mail: kgst@kgst.de
Internet: www.kgst.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Tulpenfeld 6
53113 Bonn
Tel. 0228/24 34 63 0
Fax: 0228/24 34 63 5
E-Mail: info@service-eine-welt.de
Internet: www.service-eine-welt.de

Bundeszentrale für politische Bildung

Postfach 1369
53003 Bonn
Ansprechpartner: Milena Mushak
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel. 01888/51 55 18
Fax: 01888/51 51 13
E-Mail: mushak@bpb.de
Internet: www.bpb.de

7.2 Kommunen, die schon einen Bürger- und Beteiligungshaushalt durchgeführt haben:

Arnsberg

Kurt-Schumacher-Straße 50b
59759 Arnsberg
Ansprechpartner: Ursula Cordes,
Fachdienst Immobilienbewirtschaftung
Tel. 02932/20 11 60 1
Fax: 02932/20 11 85 8
E-Mail: U.Cordes@arnsberg.de

Castrop-Rauxel

Europaplatz 1
445475 Castrop-Rauxel
Ansprechpartner: Nils Kruse, Bgm
Tel. 02304/10 62 10 0
Fax: 02304/10 62 20 4
E-Mail: buergervermeister@castrop-rauxel.de

Emmendingen

Landvogtei 10
79301 Emmendingen
Ansprechpartner:
Anja Strub, Stadtplanungs- und
Hochbauamt -Umwelt-,
Christian Kessel, Umweltbeauftragter
Tel. 07641/45 23 81;
Tel. 07641/45 23 80
Fax: 07641/45 21 95
E-Mail: C.Kessel@emmendingen.de
Internet: www.emmendingen.de

Emsdetten

Am Markt 1
48282 Emsdetten
Ansprechpartner: Georg Moenikes,
Bürgermeister
Tel. 02572/92 21 14
Fax: 02572/92 21 99
E-Mail: moenikes@emsdetten.de
Internet: www.emsdetten.de

Esslingen

Rathausplatz 2
73728 Esslingen am Neckar
Ansprechpartner: Simone Knoll,
Persönliche Referentin des OB
Tel. 0711/35 12 24 90
Fax: 0711/35 11 31 81
E-Mail: simone.Knoll@esslingen.de
Internet: www.haushalt.esslingen.de

Groß-Umstadt

Markt 1
64823 Groß-Umstadt
Ansprechpartner: Herbert Schösser,
Leiter des Fachbereichs Finanzen
Tel. 06078/78 12 31
Fax: 06078/78 12 26
E-Mail: h.schoesser@grossumstadt.de
Internet: www.gross-umstadt.de

Hamm

Theodor-Heuss-Platz 16
59065 Hamm
Ansprechpartner: Hunsteger-Petermann,
Oberbürgermeister
Tel. 02381/17 30 01
Fax: 02381/17 29 9
E-Mail: info@stadt.hamm.de
Internet: www.hamm.de

Hilden

Am Rathaus 1
40721 Hilden
Ansprechpartner: Gunter Scheib,
Bürgermeister
Tel. 02103/72 10 0
Fax: 02103/72 60 0
Internet: www.hilden.de

Monheim am Rhein

Rathausplatz 2
40789 Monheim
Ansprechpartner: Dr. Thomas
Dünchheim, Bürgermeister
Tel. 02173/95 10 01
Fax: 02173/95 10 19
E-Mail: buergermeister@monheim.de
Internet: www.monheim.de

Neustadt an der Weinstraße

Marktplatz 1
67433 Neustadt a.d.W.
Ansprechpartner: Andreas Günther,
Leiter der Hauptabteilung und
Pressesprecher
Tel. 06321/85 52 99
Fax: 06321/85 52 68
E-Mail: andreas.guenther@stadtnw.de
Internet: www.neustadt-weinstrasse.de

Nürtingen

Marktstraße 7
72622 Nürtingen
Ansprechpartner: Hannes Wezel,
Geschäftsstelle für Bürgerengagement,
Bürgertreff,
Tel. 07022/75 36 6
Fax: 07022/75 58 7
E-Mail: buergertreff@nuertingen.de
Internet: www.nuertingen.de

Passau

Rathausplatz 2-3
94032 Passau
Ansprechpartner: Christa Tausch,
Büro des Oberbürgermeisters
Tel. 0851/39 62 88
Fax: 0851/39 64 38
E-Mail: christa.tausch.de
Internet: www.passau.de

Pleidelsheim

74383 Pleidelsheim
Marbacherstraße 5
Ansprechpartner: Ralf Trettner,
Bürgermeister;
Tel. 07144/16 40
Fax: 07144/16 42 6
E-Mail: rathaus@pleidelsheim.de
Internet: www.pleidelsheim.de

Rheinstetten

Rappenwörthstraße 49
76287 Rheinstetten
Ansprechpartner: Gerhard Dietz,
Oberbürgermeister
Tel. 07242/95 14 0
Fax: 07242/95 14 11 6
E-Mail: gerhard.dietz@rheinstetten.de
Internet: www.rheinstetten.de

Staufenberg

Tarjanplatz 1
35460 Staufenberg
Ansprechpartner: Horst Münch,
Bürgermeister
Tel. 06408/80 95 1
Fax: 06408/80 95 5
E-Mail: info@staufenberg.de

Vlotho

Lange Straße 60
32602 Vlotho
Ansprechpartner: Bernd Stute,
Bürgermeister
Tel. 05733/92 41 33
Fax: 05733/92 42 00
E-Mail: b.stute@vlotho.de
Internet: www.vlotho.de

7.3 Internetadressen

(Internetadressen, die bei den Adressen
noch nicht angegeben wurden)

www.buergerhaushalt.de

(Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt in
Nordrhein-Westfalen)

buergerhaushalt.hpg.ig.com.br/de/framebag.htm

(Bürgerhaushalt von Porto Alegre des Goetheinstituts
mit umfassender Linkliste zum Beteiligungshaushalt)

ccc.govt.nz (Homepage von Christchurch)

kommunen-der-zukunft.de (abgeschlossenes
Projekt der Bertelsmann-Stiftung u.a.)

portoalegre.rs.gov.br (Homepage von Porto
Alegre)

8 Literatur und Materialien

(Bezugsadressen siehe bei „Einrichtungen auf Seite 30)

8.1 Leitfäden

Bertelsmann-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle (Hrsg.)

Der Bürgerhaushalt – Ein Handbuch für die Praxis.

(vergriffen: Internet: <http://www.kommunen-der-zukunft.de/download/transферprodukte/01/01.pdf>)

Bertelmann-Stiftung, Innenministerium von Nordrhein-Westfalen

Kommunaler Bürgerhaushalt - Ein Leitfaden für die Praxis, 2004

(Bezug kostenlos)

Bundeszentrale für politische Bildung

(gemeinsam mit 5 politischen Stiftungen)

Bürgerhaushalt in Großstädten

Arbeitsmaterialien für die Umsetzung

Bonn 2005

(Bezug kostenlos)

8.2 Weitere Materialien

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., DGB Bildungswerk, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWent gGmbH (Hrsg.)

Vom Süden lernen, Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent

Erstes bundesweites Netzwerktreffen „Bürger- und Beteiligungshaushalt“

Dokumentation vom 29. 9. 2003

Bonn 2004

Material-Reihe der Servicestelle Nr. 7

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent

Zweites bundesweites Netzwerktreffen „Bürger- und Beteiligungshaushalt“

Dokumentation vom 12. 10. 2004

Bonn 2005

Material-Reihe der Servicestelle Nr. 14

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent

Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen

Beispiel Schlesweg-Holstein

Bonn 2005

Material-Reihe der Servicestelle Nr. 17

(Bezug jeweils kostenlos)

Petra-Kelly-Stiftung

„Bürgerhaushalt“ in Deutschland, Neue Sparstrategie oder echte Bürgerbeteiligung?

Dokumentation der Tagung am 27. März 2004 in Nürnberg

(Internet:<http://www.petra-kelly-stiftung.de/sites/pdf-doku/Doku-Buergerhaushalt.pdf>)